

16.12.2009

Entschließungsantrag

der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP

zum Gesetzentwurf der Landesregierung **"Zweites Gesetz zur Änderung der gesetzlichen Befristungen im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Wirtschaft, Mittelstand und Energie"** (Drucksache 14/9853)

in der Fassung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Wirtschaft, Mittelstand und Energie (Drucksache 14/10387)

Energie-, Klima- und industriepolitische Zielsetzungen im Landesentwicklungsplan integrieren

I. Ausgangslage:

Die Energiewirtschaft hat sich in den letzten 20 Jahren außerordentlich stark verändert. Aufgrund der nicht gegebenen und auch nicht absehbaren Wettbewerbsfähigkeit heimischer Steinkohle ist deren Anteil an der Energieumwandlung kontinuierlich rückläufig. Parallel dazu steigen die Anteile von Importsteinkohle und erneuerbaren Energien.

Das "Erneuerbare-Energien-Gesetz" fordert, dass die erneuerbaren Energiequellen bis zum Jahr 2020 einen Anteil von 30% an der Stromversorgung erreichen sollen. Das heißt zugleich, dass zu rund 70% die Stromerzeugung auch dann noch aus anderen Primärenergiequellen stammen müssen, um den Strombedarf zu decken. Als heimischer fossiler Energieträger steht dafür in Nordrhein-Westfalen vor allem die Braunkohle zur Verfügung. Deren Nutzung ist wirtschaftlich, reduziert die Importabhängigkeit unseres Landes und trägt somit entscheidend zur Versorgungssicherheit bei.

Eine sichere Energieversorgung lässt sich in Nordrhein-Westfalen und Deutschland in den nächsten Jahrzehnten nur durch einen breiten Mix verschiedener Energieträger unterschiedlicher Herkunft verlässlich sicherstellen. Weder erneuerbare Energien, noch Kohle (Braunkohle und Importsteinkohle) oder Erdgas allein können die Versorgungssicherheit auf dem bisherigen Stand gewährleisten.

Datum des Originals: 16.12.2009/Ausgegeben: 16.12.2009

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Um die gesetzten Klimaschutzziele zu erreichen, muss in Nordrhein-Westfalen der Kraftwerkpark erneuert und modernisiert werden. Gleichzeitig bedarf es des vermehrten Einsatzes erneuerbarer Energien und einer wesentlichen Steigerung der Energieeffizienz, insbesondere bei der Gebäudesanierung.

Der Erneuerung des Kraftwerksparks kommt dabei eine Schlüsselposition zu. Im Rahmen der Anhörung zum "Zweiten Gesetz zur Änderung der gesetzlichen Befristungen im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Wirtschaft, Mittelstand und Energie" am 27. November 2009 berichtete der Vertreter des Bundesverbandes der Energie- und Wasserwirtschaft in Berlin (BDEW), dass die Hälfte der Kraftwerke in Nordrhein-Westfalen älter als 31 Jahre und jedes fünfte sogar älter als 40 Jahre ist. Nach Einschätzung der Experten befinden sich diese Anlagen am Ende ihrer wirtschaftlichen und technischen Lebensdauer und haben gegenüber dem heutigen Stand der Technik einen um bis zu 30% geringeren elektrischen Wirkungsgrad.

Um die Klimaziele zu erreichen, bedarf es eines Technologiesprungs, in dessen Verlauf nach Berechnungen des BDEW rund 20.000 Megawatt fossil gefeuerter Kraftwerksleistung in Deutschland ersetzt werden müssen. Da derzeit in Deutschland lediglich rund 15.000 MW in Bau bzw. Planung sind, bedeutet dies, dass im Sinne des Umwelt- und Klimaschutzes, der Versorgungssicherheit und wettbewerbsfähiger Energiepreise auf keinen der bereits begonnenen oder genehmigten Kraftwerksneubauten verzichtet werden kann.

Da im Zuge der klimapolitischen Umsetzungsstrategie der Bundesregierung auch der Anteil der Kraft-Wärme-Kopplung an der Stromerzeugung auf 25% verdoppelt werden soll, müssen, wegen der erforderlichen Infrastruktur zur Wärmeversorgung, künftig Kraftwerke verbrauchsnahe errichtet werden.

Vor diesem Hintergrund braucht die Energiebranche klare Regelungen und Rechtssicherheit für ihre Investitionen.

Das Urteil des OVG Münster im Fall Datteln hat deutlich gemacht, dass mit den derzeitigen Doppelregelungen in § 26 Landesentwicklungsprogramm (LEPro) und Kapitel D. II "Energieversorgung" des Landesentwicklungsplans Nordrhein-Westfalen (LEP NRW) erhebliche Rechtsrisiken verbunden sind.

Im Hinblick auf die angestrebte Zusammenführung von LEPro und LEP NRW in einem Regelwerk ist die Streichung von § 26 LEPro ein rechtlich sinnvoller Weg und stellt angesichts der doppelten Regelungsinhalte in § 26 LEPro und Kapitel D. II des LEP NRW keinesfalls eine Abkehr von den energie- und klimaschutzpolitischen Positionen Nordrhein-Westfalens dar.

Die prognostizierte Klimaerwärmung ist ein globales Problem. Klimaschutz erfordert daher globale Lösungsansätze. Maßgebliche Steuerungsinstrumente für den Klimaschutz sind das Kyoto-Protokoll und das europäische Emissionshandelsystem. Auf diesen rechtlichen Grundlagen haben die Mitgliedstaaten der Europäischen Union in den bisherigen Handelsperioden die Gesamtzahl der auszugebenden CO₂-Zertifikate festgelegt und den betroffenen Anlagen zugeteilt. Mit dieser Obergrenze werden die Emissionen auf europäischer Ebene begrenzt.

Das bedeutet: Wenn in der EU im Zeitraum bis 2020 ein neues Kraftwerk in Betrieb geht, entstehen im Ergebnis der unabdingbaren Gesamtbetrachtung keine zusätzlichen CO₂-Emissionen. Die Emissionen dieses neuen Kraftwerks werden im Rahmen des Emissionshandelssystems vielmehr kompensiert durch Emissionen, die von anderen Kraftwerken andernorts dann nicht emittiert werden dürfen. Es handelt sich insofern um einen Verdrängungswettbewerb zwischen Kraftwerkstypen mit unterschiedlichen Wirkungsgraden und Kos-

tenstrukturen. Die Wirkungsgrade hängen sowohl von dem eingesetzten Brennstoff als auch von der Kraftwerkstechnologie ab. Neue Kraftwerke mit höheren Wirkungsgraden verdrängen ältere ineffizientere Anlagen aus dem Markt. Zumal die benötigte Gesamtmenge an elektrischer Energie sich nicht nach dem Angebot richtet. Im Hinblick auf diesen Verdrängungswettbewerb stellen Kraftwerksneubauten einen maßgeblichen Standortvorteil im Wettbewerb mit anderen Industrieregionen in Europa dar.

Aus globaler Perspektive heißt das, dass Steinkohle derzeit der am stärksten genutzte Primärenergieträger mit erheblichen Zuwachsraten im Kraftwerkssektor ist. Aus Kostengründen und aufgrund der Verfügbarkeit wird Steinkohle für die Stromerzeugung, insbesondere in den Schwellen- und Entwicklungsländern benötigt, um dort die volkswirtschaftliche Entwicklung anzustoßen. Es ist daher im Interesse des Klimaschutzes, wenn auch dort moderne effiziente Kraftwerke zum Einsatz kommen. Diese Kraftwerkstechnologien müssen u. a. in Nordrhein-Westfalen entwickelt und erprobt werden und sich im großtechnischen Einsatz bewähren. Gleiches gilt für die Entwicklung und den Transfer von Technologien zur Nutzung erneuerbarer Energien. Andernfalls zwingen wir Schwellen- und Entwicklungsländer, die auf einem niedrigeren technologischen Niveau wirtschaften, in ineffiziente und damit unsaubere oder gar gefährliche Technologien.

II. Der Landtag stellt fest:

1. Die vorgeschlagene Streichung des § 26 LEPro ist ein rechtlich sinnvoller Weg zur Vereinfachung der komplexen landesplanerischen Vorgaben und trägt zur Rechtssicherheit und zur Vereinfachung von Planungsverfahren bei.
2. Aufgrund der gleichen Regelungen in LEPro und LEP stellt die Streichung des § 26 LEPro keine Abkehr von den energie- und klimaschutzpolitischen Positionen Nordrhein-Westfalens dar.
3. Die Emission von CO₂ wird in den Mitgliedsstaaten der EU und somit auch in Nordrhein-Westfalen über den Emissionshandel begrenzt.
4. Die Änderung des Kapitels „Energieversorgung“ des Landesentwicklungsplans bietet die Möglichkeit, energie-, klima- und industriepolitische Zielsetzungen des Landes zu integrieren und zu konkretisieren.

III. Der Landtag beschließt:

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, folgende Aspekte bei der Änderung des Kapitels "Energieversorgung" des Landesentwicklungsplans umzusetzen:

- Die LEP-Ziele sollen bezüglich der Energieversorgung daran festhalten, dass die ausreichende Verfügbarkeit kostengünstiger Energie eine Grundvoraussetzung für das Funktionieren unserer hochentwickelten Industriegesellschaft ist. Dazu ist für die jeweiligen Energieträger eine spezifische und ausreichend dimensionierte Infrastruktur erforderlich, die Kraftwerke und andere Stromerzeugungsanlagen sowie Speicher, Strom- und Transportleitungen umfasst.
- Die in Nordrhein-Westfalen wettbewerbsfähig gewinnbare Braunkohle hat als heimischer verfügbarer Energieträger einen wichtigen Beitrag zur Versorgungssicherheit zu erfüllen und ist damit von besonderer Bedeutung.

- Die neuen LEP-Ziele sollen die Voraussetzungen für eine auch zukünftig sichere, kostengünstige und umweltverträgliche Energieversorgung schaffen und hierzu landesplanerische Vorgaben enthalten für die Sicherung der Energieversorgung aus fossilen Energieträgern durch Kraftwerke mit dem Ziel der Flächensicherung für den Ersatz, die Modernisierung und die Erweiterung des bestehenden Kraftwerkparks sowie für den Neubau von Kraftwerken.
- Im LEP NRW sollen künftig die vorhandenen Standorte von großen Kraftwerken dargestellt werden; die nachfolgenden Planungsebenen sollen somit die Voraussetzungen dafür schaffen, dass an diesen Standorten entsprechende Entwicklungen und Erneuerungen möglich werden. Auf diesen Standorten und in deren Umgebung sind keine Planungen und Maßnahmen zulässig, die eine angestrebte Inwertsetzung erschweren oder gar unmöglich machen.
- Die Nutzung der positiven Effekte der Kraft-Wärme-Kopplung setzt die räumliche Nähe von Energieerzeugung und Energieverbrauch voraus. Auch deshalb soll im Interesse einer dezentralen Versorgung die Möglichkeit eröffnet werden, Kraftwerke in geeigneten Gewerbe- und Industrieansiedlungsbereichen zu bauen. Damit soll zugleich im liberalisierten Energiemarkt neuen Unternehmen der Markteintritt ermöglicht werden. Auch ist in der Umgebung von Kraftwerkstandorten die Ausweisung und Verwirklichung von Gewerbe- und Industriegebieten vorzusehen, deren Wärme-/Energiebedarf durch diese Kraftwerke zu sichern ist.
- Darüber hinaus soll geprüft werden, ob und wenn ja, welche landesplanerischen Vorgaben getroffen werden können, die die Sicherung von Gebieten vorsehen, die sich für die Nutzung erneuerbarer Energien aufgrund der Naturgegebenheiten besonders eignen.
- Die Errichtung von Kernkraftwerken wird weiterhin ausgeschlossen.

Helmut Stahl
Peter Biesenbach
Christian Weisbrich
Oliver Wittke

und Fraktion

Dr. Gerhard Papke
Ralf Witzel
Dietmar Brockes
Holger Ellerbrock

und Fraktion